

12**81**

Union in Deutschland

Bonn, den 9. April 1981

Sonderaktion Sympathie für Berlin

SPD und FDP haben mit ihrer Mißwirtschaft Berlin um seinen guten Ruf gebracht. Der Bundesvorstand der CDU hat auf seiner Sitzung in Berlin am 4. April 1981 beschlossen, daß alle Landesverbände der Union jetzt im Rahmen des Wahlkampfes eine Sonderaktion „Sympathie für Berlin“ durchführen.

Richard von Weizsäcker dankte der Bundespartei und den Landesverbänden für ihr entschiedenes Engagement für und in Berlin. Die CDU kämpft um die Mehrheit und damit um den Neubeginn in dieser Stadt. SPD und FDP rechnen dagegen schon heute mit einer Niederlage und sprechen offen davon, wie sie auch in einer „Minderheits-situation im Senat“ überleben können. Hierfür suchen sie ein Arrangement, wie sie es nennen, mit der „Alternativen Liste“, d. h., sie erwarten von dort die „Absicherung“ einer mehrheitsunfähigen SPD/FDP-Koalition zu erhalten.

Die Berliner CDU wird diesen Täuschungsversuch den Wählern immer wieder vor Augen führen. Gerade unter der Voraussetzung, daß am 10. Mai die

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ INFORMATION

Nächster Bundesparteitag:
3. bis 5. November 1981 in
Hamburg

Seite 3

■ NACHRÜSTUNG

Für die Union sind beide Teile
des Nato-Beschlusses gleichge-
wichtig

Seite 5

■ EG-GIPFEL

Schmidt macht eine Europa-
politik mit der linken Hand

Seite 7

■ MEDIEN

Konfusion bei den Sozialdemo-
kraten

Seite 8

■ LANDWIRT- SCHAFT

Agrarbericht 1981 ist ein Doku-
ment des Versagens

Seite 11

■ RENTEN

Sieben Eckpunkte der Union zur
sozialen Alterssicherung

Seite 13

■ FLUGBLATT

Das Programm der CDU für
den Wohnungsbau

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die Lage der deutschen Land-
wirtschaft

grüner Teil

■ INFORMATION

Union stützt die berechtigten Anliegen der Vertriebenen

Auf Einladung der Fraktionsführung der CDU/CSU fand am 2. April 1981 ein eingehendes Gespräch zwischen dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen und der Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der CDU/CSU unter der Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Manfred Wörner statt. Die Präsidialmitglieder des BdV äußerten dabei die Erwartung, daß die Union geschlossen weiter für die Wahrung der nationalen und staatlichen Einheit ganz Deutschlands und die Wiedervereinigung eintritt und die diesbezüglichen Aussagen des Grundsatzprogramms im politischen Alltag von allen Unionspolitikern beachtet werden.

Manfred Wörner verwies darauf, daß der Unionsfraktion 40 Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordnete angehören, aus deren Reihe ältere und jüngere Mitglieder sich immer zu engagierten und beachteten Wortführern der Anliegen ihrer Schicksalsgenossen machen.

(Fortsetzung von Seite 1)

„Alternative Liste“ Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus hält, müssen die demokratischen Parteien dafür Sorge tragen, daß eine Koalition zustande kommt, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist.

Helmut Kohl nannte es eine „Perversion demokratischen Denkens“, wenn die SPD sich ohne Rücksicht auf den Willen an der Macht zu halten versuche; damit werde der Verfall demokratischer Kultur in einem erschreckenden Maße deutlich.

Die Fraktion biete den Vertriebenen und Flüchtlingen sowie ihren politischen Vertretern nicht nur Unterstützung, sondern auch eine ständig genutzte Plattform für ihre Anliegen auf parlamentarischer und politischer Ebene.

Arbeitslosenzahl 40 Prozent höher als im Vorjahr

Zu den von der Bundesanstalt für Arbeit vorgelegten Zahlen über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Heinz Franke: Die Arbeitslosenzahlen von über 1,2 Mill. im März 1981, die fast 40 Prozent höher als im Vorjahr liegen, sind dramatisch, weil sie kaum noch eine saisonale Komponente enthalten. Im Jahresdurchschnitt 1981 zeichnet sich eine Arbeitslosenquote von über fünf Prozent ab. Über die Ansätze im Bundesetat 1981 hinaus wird der Bund zusätzlich 4 Mrd. DM an Zuschüssen für die Bundesanstalt für Arbeit und die vom Bund zu tragende Arbeitslosenhilfe aufbringen müssen. Ein neuer Rekordstand bedeutet die Zahl der über 59jährigen Arbeitslosen von fast 80 000, der bald auch die Rentenversicherung zusätzlich belasten wird.

Pazifismus darf kein Ideologiezwang werden

Im Anschluß an die kürzliche Sitzung des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) erklärte der Bundesvorsitzende, der baden-württembergische Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog: Mit Sorge betrachten wir die insbesondere in den Kirchen stattfindende Friedensdiskussion, die auf dem Hamburger Kirchentag einen Höhepunkt und starken Impuls erhalten

wird. Wir wenden uns nicht gegen den Pazifismus. Dieser hat als ständige Mahnung zum Frieden insbesondere in den christlichen Kirchen gute Tradition, und wir anerkennen ihn ausdrücklich als eine mögliche christliche Handlungsweise.

Mit Entschiedenheit wenden wir uns aber gegen die zunehmende Tendenz, als christlich nur noch die Waffenlosigkeit anzusehen. Vor den Folgen dieser Entwicklung für unseren Staat und die Kirchen warnen wir vor allem diejenigen, die nur den radikalen Pazifismus mit dem Geist der Bergpredigt für vereinbar halten. Wer dies tut, und wer nur eine bestimmte politische Entscheidung als christlich vertretbar bezeichnet, schließt solche Mitbürger, die zur Friedenswahrung und Friedenssicherung andere politische Lösungen für erforderlich halten, vom Dialog aus. Er zerstört somit die Konsensfähigkeit des pluralistischen und demokratischen Staates und damit auch den inneren Frieden.

Die Steuerscheichs vom Rhein — ein großer Aktionserfolg der CDU

Die von der CDU in der vergangenen Woche anlässlich der Mineralölsteuererhöhung durch die Bundesregierung gestartete Flugblattaktion „Die Steuerscheichs vom Rhein — SPD und FDP zwingen die Autofahrer zur Kasse“ entwickelt sich zu einem großen Erfolg. Bis zum vergangenen Wochenende (4./5. April 1981) wurden bereits mehr als 1,9 Millionen Exemplare verteilt. Dazu CDU-Bundesgeschäftsführer Ulf Fink: „Das ist um so bemerkenswerter, als es sich dabei um eine Aktion außerhalb der Parteitaktivitäten in Wahlkampfzeiten handelt.“

Nächster Bundesparteitag: 3. bis 5. November 1981 in Hamburg

In Berlin hat sich am 3. April 1981 der von dem Mannheimer Parteitag neu gewählte Bundesvorstand konstituiert. Der Vorstand beschloß auf dieser Sitzung, den nächsten Bundesparteitag vom 3. bis 5. November 1981 in Hamburg, Congress Centrum (CCH), mit dem Thema „Zukunftschancen der jungen Generation“ abzuhalten. Neben der Diskussion um die Inhalte der Schulpolitik, der Ausbildungssituation und die Chancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt soll insbesondere die geistige Herausforderung für die junge Generation deutlich gemacht werden. Der Bundesparteitag wird durch eine Anhörung der Bundestagsfraktion und einen Fachkongreß vorbereitet werden.

Am 15. Juni 1981 wird der Bundesausschuß der CDU, der kleine Parteitag, zu seiner nächsten Sitzung in Berlin zusammentreten.

Entschädigungsabkommen mit Paris nicht zustimmen

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat an die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundestages appelliert, der geplanten Zahlung von 250 Millionen Mark an Frankreich zur Entschädigung der während des Zweiten Weltkrieges zur deutschen Wehrmacht zwangsrekrutierten Elsaß-Lothringer nicht zuzustimmen. Geißler, CDU-Abge-

ordneter der Südpfalz, nannte als Voraussetzung für eine Zustimmung, daß eine befriedigende Lösung in der Frage des seit Kriegsende von Frankreich faktisch annektierten Mundat-Waldes und des unter französischer Zwangsverwaltung stehenden Grundstückseigentums deutscher Bürger im Elsaß erreicht werde.

Heinrich Windelen neuer Bundestagsvizepräsident

Heinrich Windelen, Vorsitzender des Haushaltsausschusses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und früherer Bundesminister, wurde vom Bundestag einstimmig zum neuen Vizepräsidenten als Nachfolger für den Berliner CDU-Spitzenkandidaten von Weizsäcker gewählt.

Hausfriedensbruch ist Rechtsfriedensbruch

Zu dem bundesweiten Treffen von „Instandbesetzern“ in Münster erklärte der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich-Adolf Jahn, dieses Treffen habe klargestellt, daß Hausbesetzungen nur wenig mit Wohnungsnot zu tun hätten. Beweis dafür sei der frenetische Beifall zu dem Diskussionsbeitrag: „Hier geht es doch gar nicht um Hausbesetzungen, es ist das System, was wir kaputt-machen müssen.“

Gespräch mit der Deutschen Sportjugend

Der Vorstand der Deutschen Sportjugend unter Leitung der 1. Vorsitzenden Erika Dienstl führte am 1. April 1981 in Bonn mit der CDU/CSU-Fraktion unter Leitung von Staatsminister a. D. Heinz Schwarz und des jugendpolitischen Sprechers Hermann Kroll-Schlüter ein Gespräch über jugend- und sportpolitische Fragen. Schwerpunktmäßig wur-

den folgende Themenbereiche angesprochen:

Finanz- und Zuschußfragen, Förderung internationaler Jugendbegegnungen, Zivildienstleistende im Sport, Jugendhilfegesetzgebung, Internationale Jugendarbeit, Informationen über Schwerpunkte sportlicher Jugendarbeit, Bundesjugendspiele, Jugend trainiert für Olympia, Möglichkeiten der „Sportlichen Jugendbildung“ nach den Förderungsbedingungen des Bundesjugendplanes, Stellenwert und Ausweitung der musisch-kulturellen Jugendarbeit im Sportbereich, Jugendsozialarbeit mit Kindern ausländischer Arbeitnehmer, Behinderte und Jugendliche im Strafvollzug.

Beide Seiten unterstrichen die Notwendigkeit eines ständigen Dialogs mit der Jugend. Die CDU/CSU-Fraktion sagte der Deutschen Sportjugend ihre Unterstützung bei der Lösung ihrer Probleme zu.

Die Ludwig-Erhard-Preise für Wirtschaftspublizistik

Karl Darscheid von der Industrie- und Handelskammer Koblenz, Willy Linder von der „Neuen Zürcher Zeitung“ und Helmut Schlesinger von der Deutschen Bundesbank sind die Preisträger des „Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik“ für das Jahr 1981. Die Preise werden jährlich von der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn vergeben und sind mit einem Geldbetrag von 10 000 Mark verbunden.

Lauterberger Programm

So muß es im UiD 11/81, Seite 13, in dem Bericht über den Parteitag der CDU Niedersachsen richtig heißen (also nicht Lauterbacher Programm). Wir bitten den Übertragungsfehler zu entschuldigen.

■ NACHRÜSTUNGSBESCHLUSS

Für die Union sind beide Teile des Beschlusses gleichgewichtig

Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Woche in einer Aktuellen Stunde den Nachrüstungsbeschuß der NATO diskutiert. Von den zahlreichen Gegnern dieses Beschlusses innerhalb der SPD-Fraktion meldete sich keiner zu Wort. Außenminister Genscher hat zwei Tage später bei seinen Gesprächen in Moskau die im Bundestag von den Sprechern aller drei Parteien vertretenen Positionen konsequent durchgehalten. Es hat jedoch keinerlei sachliche Fortschritte in den Bereichen Raketenrüstungsstopp, Abrüstungsverhandlungen und Entspannungspolitik gegeben.

In der Aktuellen Stunde hatte vorher der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Alois Mertes erklärt:

Auch in einer parlamentarischen Demokratie bedarf es politischer Führung. Sie darf sich — das gilt gerade auch für die Friedensdiskussion — nicht von Stimmungen beherrschen lassen, sondern muß kraft geistig-politischer Führung und beharrlicher Argumentation sich Stimmungen entgegensetzen. Daran läßt es diese Regierung fehlen.

Der Grund für diese Unterlassung ist die Hinengung der außenpolitischen Diskussion auf die falsche Alternative: hie Anhänger der Entspannung — dort unverbesserliche kalte Krieger. In diesem Klima ist das Bewußtsein von der

Natur und der Intensität der sowjetischen Bedrohung zurückgegangen; gleichzeitig aber auch der Wille zur Verteidigung, die geistige Anstrengung, die zur Meisterung vielschichtiger Sicherheitsfragen notwendig ist.

Nun noch ein Wort zur Haltung der CDU/CSU zum NATO-Doppelbeschuß: Wir stehen nach wie vor gleichermaßen zu beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, der eine eurostrategische Nachrüstung des Bündnisses mit einem Angebot an den Osten zu Verhandlungen über eurostrategische Rüstungsbegrenzung verbindet.

Beide Teile gelten, aber unterscheiden sich — nicht in ihrem Gewicht, aber in ihrer Natur: Die Nachrüstung ist eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, deren Verwirklichung in der Hand des Bündnisses liegt. Die Rüstungsbegrenzung ist eine außenpolitische Notwendigkeit, deren Verwirklichung nicht allein in der Hand des Bündnisses liegt, sondern jetzt vom ernsthaften Friedenswillen der Sowjetunion abhängt.

Der Nachrüstungsbeschuß praktiziert Rüstungsbegrenzung bereits dadurch, daß er die fällige strategische Modernisierung von vornherein quantitativ und qualitativ begrenzt, obwohl die Sowjetunion seit Jahren und immer noch Woche für Woche atomar gegen Westeuropa aufrüstet, ohne ihrerseits eine Obergrenze zu nennen. Deshalb würde eine

Nichtdurchführung des Nachrüstungsbeschlusses die unkontrollierte sowjetische Aufrüstung geradezu prämiieren, die kontrollierte Abrüstung hingegen verhindern.

Auch der zweite Teil des Doppelbeschlusses ist nach Auffassung der CDU/CSU weiterhin von substantieller friedenspolitischer Bedeutung, den Moskau abwerten möchte, um westlichen Rüstungskontrollvorschlägen aus dem Weg zu gehen und von der eigenen Hochrüstung abzulenken. Weder hat der zweite Teil des Doppelbeschlusses, das Verhandlungsangebot an den Osten, die nachgeordnete Aufgabe, die fällige Modernisierung innenpolitisch schmackhaft zu machen, noch ist er — wie ein Teil der SPD behauptet — den Erfordernissen der Sicherheit übergeordnet. Vielmehr dient er dem friedens- und sicherheitspolitischen Ziel einer ausgewogenen und überprüfbaren Begrenzung der beiderseitigen Militärpotentiale auf ein möglichst niedriges Niveau, das gleichzeitig den vitalen Sicherheitsinteressen beider Seiten Rechnung trägt.

Durch die Transparenz seiner sicherheitspolitischen Entscheidung vom Dezember 1979 und durch ernsthaften Verhandlungswillen hat der Westen immer wieder bewiesen, daß er Abrüstung mit Sicherheit will. Moskau sollte seinen vielen Abrüstungsworten, mit denen es den Westen in eine Abrüstung ohne Sicherheit locken will, endlich glaubwürdige Taten der Abrüstung folgen lassen.

Diese Aktuelle Stunde ist notwendig, weil die heillose Verwirrung über die Politik des Bundeskanzlers, der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien in einer Existenzfrage unserer Sicherheit der deutschen Politik nach

außen wie nach innen auf das schwerste schadet, erklärte MdB Manfred Wörner in der Aktuellen Stunde.

Sie schadet uns bei unseren Verbündeten. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn in den USA die besorgten Stimmen immer zahlreicher werden, die uns fragen, ob auf die deutsche Politik noch Verlaß sei.

Die Doppelzüngigkeit der SPD

Alle Warnungen etwa in dem Beschluß der baden-württembergischen SPD zielen nicht etwa auf die UdSSR, sondern in Richtung USA. Daß seit den Beschlüssen des Berliner SPD-Parteitagess im Dezember 1979 Afghanistan besetzt wurde, daß in Mittelamerika, in Afrika, in Südostasien die Sowjetunion massiv direkt oder indirekt ihren Einfluß auszuweiten sucht, daß sie das Rüstungstempo verschärft, nimmt die baden-württembergische SPD nicht zur Kenntnis, ja, sie will auf dem kommenden Parteitag in München prüfen lassen, ob denn die Geschäftsgrundlage für die Zustimmung zum Doppelbeschluß noch trägt.

Hier wie in anderen Äußerungen weiterer SPD-Gliederungen werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Und das mit der Zustimmung von vier Bundesministern. Wie will denn der Bundeskanzler angesichts dieser Verdrehung der Tatsachen die junge Generation von der Notwendigkeit des Nachrüstungsbeschlusses überzeugen?

Wer wie die Minister Hauff und Offergeld auf dem SPD-Parteitag in Baden-Württemberg so und im Bonner Kabinett anders stimmt, überzeugt die Schwankenden nicht. Da hilft auch die späte Kritik an den jungen Pazifisten durch den Kanzler nichts.

■ EG-GIPFEL

Schmidt macht Europapolitik mit der linken Hand

Es ist typisch für die Europapolitik des Bundeskanzlers, daß er sich von der SPD eine Aktuelle Stunde im Bundestag geben ließ, weil er nach dem mageren Ergebnis von Maastricht es nicht gewagt hatte, eine ordentliche Regierungserklärung abzugeben, erklärte Helmut Kohl im Deutschen Bundestag.

Wenn etwas symptomatisch für seine Europapolitik sein sollte, dann ist es genau dies: Schmidt macht eine Europapolitik mit der linken Hand. Das Ergebnis: In dürren elf Minuten nichts als Vorwürfe gegen andere.

Es gibt gar keinen Zweifel: Europa wird nur werden, wenn zwischen den Großen und den Kleinen gegenseitiger Respekt besteht. Es tut Europa nicht gut, wenn der Eindruck erweckt wird, als seien zwei der Großen die eigentliche Achse. Natürlich ist die deutsch-französische Freundschaft ein Kernstück der Zukunft Europas.

Aber wenn sich im Konzert der europäischen Länder zwei der ganz Großen zusammenschließen und besonders innige Beziehungen demonstrieren, dann hat das Folgen, und zwar weniger für die Franzosen, sondern für uns. Denn wenn sich zwei zusammen tun und das unberechtigte Gerede umgeht, in der Gemeinschaft gebe es ein „Hegemonialstreben“, dann tut das den Deutschen eben besonders weh, weil niemand es leicht trägt, wenn die Deutschen dabei

sind, die die Last ihrer besonderen Geschichte mit sich herumschleppen.

Deswegen ist es klug — diese Klugheit vermißt man beim Bundeskanzler —, wenn wir im Konzert der europäischen Länder eher bescheiden auftreten und nicht mit markigen Reden; wenn unsere Bundesregierung in einer Weise auftritt, daß man spürt, sie macht in Sachen Europa keine Pflichtübung, sondern sie will dieses Europa und die politische Einigung auch von Herzen. Es ist ein Skandal, daß wir diese Fragen im Rahmen einer Aktuellen Stunde besprechen müssen, weil der Kanzler nicht den Mut zu einer Regierungserklärung hatte.

Maastricht war jetzt die 19. Tagung, und wie viele Konferenzen zuvor, ist auch diese Konferenz gescheitert in einem weltpolitischen Augenblick, in dem die Entwicklung von Afghanistan über den Nahen Osten nach Polen bis zur friedensgefährdenden Aufrüstung der Sowjetunion die Ansprüche an gemeinsame Zusammenarbeit in Europa dringlich machen.

Was wir in Maastricht erlebten, sind die Spätfolgen einer Politik, die in der Ära Brandt begonnen hat und in der Ära Schmidt fortgesetzt wurde, indem das Hauptaugenmerk der Regierungspolitik fast ausschließlich auf das Gebiet der sogenannten Ostpolitik gelegt und die Europapolitik vernachlässigt wurde. Das Ergebnis ist eine bittere Enttäuschung.

■ MEDIENPOLITIK

Konfusion bei den Sozialdemokraten

Wichtige medienpolitische Entscheidungen sind nach wie vor blockiert, weil sich SPD und FDP nicht einig können. Die FDP gibt deutliche Signale, daß sie den technischen Fortschritt und volkswirtschaftlich notwendige Investitionen nicht länger behindern will. Hingegen hat es die SPD offenbar sehr viel schwerer, ihre überholten Standpunkte zu verlassen.

Nach einer Sitzung des Koordinierungsausschusses für Medienpolitik der CDU/CSU erklärte dessen Vorsitzender, MdB Christian Schwarz-Schilling: Immerhin gibt es zu Hoffnung Anlaß, daß die Sozialdemokraten endlich die wirkliche Bedeutung eines Breitbandkabelnetzes für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland erkennen, das nur zu einem kleinen Teil für die Verbreitung von Rundfunk, zum größten Teil der Wirtschaft und neuen Dienstleistungen zur Verfügung stehen muß. Die CDU/CSU erwartet jetzt endlich die dringend notwendigen medienpolitischen Entscheidungen und fordert dazu folgendes:

1. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen bestehen bleiben; ihre Monopolstellung ist jedoch nicht mehr haltbar. Die Länder haben die Aufgabe, die innere Struktur dort zu reformieren, wo dieses System von Fehlentwicklungen belastet worden ist. Dabei ist an der ungeteilten Verantwortung der Intendanten ebenso festzuhalten wie an

der alleinigen Kontrolle durch pluralistisch zusammengesetzte Gremien.

2. Kabelnetze sind Übermittlungswege von Informationen. Ihr Ausbau ist volkswirtschaftlich dringend erforderlich und soll deshalb bedarfsgerecht und ohne Verzögerungen erfolgen. Bau und Betrieb überregionaler Kabelstränge können aus technischen Gründen — aber nur aus diesen — in der Hand der Bundespost bleiben. Bei lokalen Kabelnetzen kann das Fernmeldemonopol der Deutschen Bundespost dagegen gelockert und private Betreiber solcher Netze verstärkt zugelassen werden.

3. Es ist zu begrüßen, daß die Länder einen gemeinsamen Beschluß über die Durchführung und Finanzierung der Pilotobjekte gefaßt haben. Nunmehr kann sich auch der Bund nicht länger seiner Verpflichtung entziehen, jedes einzelne Pilotobjekt mitzufinanzieren. Dabei ist ihm die Einmischung in Ausgestaltung und Inhalte der Versuchsprogramme verfassungsrechtlich untersagt.

4. Der Grundsatz des freien grenzüberschreitenden Informationsflusses gilt auch bei der Verbreitung von Rundfunkprogrammen über Satelliten. Die Ausstrahlung von Rundfunkprogrammen auf den der Bundesrepublik Deutschland zugeteilten Satellitenkanälen darf nicht nur den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten vorbehalten bleiben.

5. Für Videotext, Bildschirm- oder Kabeltext darf es kein öffentlich-rechtliches Monopol und keine Beschränkung der Anbieter geben. Im Interesse der sich bereits im Versuchsstadium befindenden neuen Medien ist eine rasche Klärung der anstehenden Rechtsfragen erforderlich.

■ KOALITION

Umfrage: Ansehen der Regierung auf dem Tiefpunkt

Die Regierung Schmidt hat im Ansehen der Bevölkerung einen absoluten Tiefpunkt erreicht. Meinungsforscher des EMNID-Instituts stellten bei einer Umfrage im März fest, daß sie nur noch von 41 Prozent der Bundesbürger positiv beurteilt wird. 58 Prozent äußerten sich negativ. Die Regierung Brandt hatte zu ihrer Krisenzeit den Tiefpunkt im Stimmungsbarometer der Bevölkerung, als sie von 44 Prozent positiv und von 50 Prozent negativ beurteilt wurde. Nach den Erkenntnissen der Meinungsforscher hat die Regierung Schmidt vor allem bei der Arbeiterschaft an Ansehen eingebüßt. 61 Prozent der Arbeiter beurteilten sie im März negativ und nur 39 Prozent positiv. Nach Feststellungen des EMNID-Instituts hat sich schon zu Beginn des Jahres ein Abwärtstrend der Regierung in der öffentlichen Meinung abgezeichnet.

Schmidt und die Kirchen

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich in einem Interview mit der Zeitschrift „Evangelische Kommentare“ mit den Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland angelegt und ihnen Einmischung in politische und staatliche Entscheidungen vorgeworfen, was „auf die Dauer nicht so sein“ dürfte. Willi Weiskirch, Obmann im Verteidigungsausschuß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nannte dies einen sicherlich einmaligen und wohl auch folgenschweren Vorgang und erklärte weiter dazu:

Zwar hat Schmidt bei aktuellen Anlässen — etwa dem Hirtenbrief der katholi-

schen Bischöfe vor der letzten Bundestagswahl — aus seinem Herzen nie eine Mördergrube gemacht und Kirchen und kirchliche Amtsträger hart attackiert. Indes: wenn der deutsche Regierungschef den Kirchen pauschal das Recht, sich auch zu politischen Fragen zu äußern, bestreitet und ihnen obendrein ein gestörtes Demokratieverständnis vorwirft, dann muß er sich energisch zur Ordnung rufen lassen.

Wenn es das Engagement der Kirchen und ihrer — organisierten und unorganisierten — Glieder nicht gegeben hätte, wäre die Entwicklung unserer Nachkriegsdemokratie vielleicht sehr viel schwieriger verlaufen. Jedenfalls haben sie ihren nicht wegzuleugnenden großen Beitrag zur Begründung und Festlegung unseres freiheitlichen Staates geleistet. Der Bundeskanzler hat kein Recht, sie nun in die Sakristeien zu verweisen.

Runtergewirtschaftet und von Skandalen gebeutelt

„Wir Sozialdemokraten des Kurt-Schumacher-Kreises, die wir die Freiheit Berlins mit erkämpfen halfen und dafür den Opfergang durch die KZ und Zuchthäuser der Kommunisten auf uns genommen haben, stehen heute vor dem Trümmerhaufen unserer Partei, der SPD.“

Diese Erklärung hat der Kurt-Schumacher-Kreis zum Gedenken an den 31. März 1946 abgegeben. An diesem Tag hatte die Berliner SPD in einer Urabstimmung die Zwangsbereinigung der KPD abgelehnt. In der Berliner SPD habe es unter Männern wie Ernst Reuter, Otto Suhr und Joachim Lipschitz keinen opportunistischen Filz, „keine ideologischen Kompromisse mit dem Kommunismus, keine geistig-politische Zuarbeit für die Sowjets“ gegeben.

Heute stellt sich die SPD nach Meinung des Kurt-Schumacher-Kreises wie folgt dar:

„Von Versagern heruntergewirtschaftet, von ‚Gewinn- und Erwerbsgemeinschaftsdenken‘ lädiert, von Skandalen gebeutelt, durch zahllose Abhängigkeiten verfilzt, von unerfahrenen linken Jungakademikern beherrscht, in der inneren Solidarität zerstört.“

Geschmacklose SPD-Anzeige

Als außerordentlich geschmacklos hat der Sprecher der Berliner CDU, Walter Brückmann, die Tatsache bezeichnet, daß der Regierende Bürgermeister Vogel sein im Namen Berlins an US-Präsident Reagan übermitteltes Telegramm zu Wahlkampfzwecken für die SPD benutzt hat. Die in Berliner Tageszeitungen veröffentlichte SPD-Anzeige mit dem Wortlaut des Telegramms sei eine mißbräuchliche Ausnutzung einer von allen Berlinern gemeinsam getragenen Verbundenheit zu den Amerikanern für vordergründige Wahlkampfzwecke. Brückmann sagte, Vogel habe mit dieser Anzeige gezeigt, daß er sein Amt als Regierender Bürgermeister rücksichtslos für den Wahlkampf zu benutzen gedenkt.

Apel auf dem Rückzug

Seit den Bremer Krawallen im Mai letzten Jahres ist die Diskussion um den Großen Zapfenstreich und das öffentliche Gelöbnis von wehrpflichtigen Soldaten in weiten Kreisen der SPD nicht zur Ruhe gekommen. Nachdem es Minister Apel und selbst dem Bundeskanzler schon damals nicht gelungen war, sich gegenüber diesen radikalen und die Bundeswehr ablehnenden Gruppen durchzusetzen, mußte der Verteidigungsminister eine öffentliche Diskussion versprechen, um — im Wahljahr —

Ruhe in die eigene Partei zu bekommen. Die Wahrheit ist, daß offensichtlich auch im 2. Quartal dieses Jahres keine öffentlichen Gelöbnisse geplant werden können — mit allen Vorbereitungen, die dazu erforderlich sind, erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Peter Kurt Würzbach.

Dieses unwürdige — weil opportunistische — Zurückweichen des Verteidigungsministers steht im krassen Gegensatz zur Meinung des mündigen Bürgers:

Von Mitte Dezember 1980 bis Mitte Januar 1981 machte „Infas“ im Auftrag des Bundesministers der Verteidigung eine Repräsentativumfrage zum feierlichen Gelöbnis und Großen Zapfenstreich.

Das Ergebnis war:

1. 75 % aller Bürger halten das Gelöbnis für richtig.
2. 72 % der SPD-Anhänger halten das Gelöbnis für richtig.
3. 77 % halten den Großen Zapfenstreich für eine passende militärische Festmusik bei öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr.

Egon Bahr diskutiert mit führendem KPI-Mitglied

Der frühere SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr wird im Rahmen einer Juso-Veranstaltung in Berlin mit dem außenpolitischen Experten der Kommunistischen Partei Italiens, Sergio Segre, über den NATO-Doppelbeschluß diskutieren. Wie die SPD-Nachwuchsorganisation in Bonn mitteilte, wird diese Diskussion am 25. April im Rahmen einer Veranstaltungsreihe stattfinden, mit der die Berliner Sozialdemokraten die Endphase ihres Wahlkampfes forcieren wollen.

■ LANDWIRTSCHAFT

Agrarbericht 1981 ist ein Dokument des Versagens

Die wirtschaftliche Situation der deutschen Land- und Forstwirtschaft wird immer schwieriger. Vor 14 Tagen hat der Deutsche Bauernverband in einer großen Kundgebung in Bonn Regierung, Parlament und Öffentlichkeit auf seine Sorgen aufmerksam gemacht. Der Bundestag hat am 2. April in einer ganztägigen Debatte den Agrarbericht 1981 beraten.

Nachfolgend der Wortlaut des Entschließungsantrags der CDU/CSU-Fraktion, der die Forderung der Union zusammenfaßt. Die Dokumentation dieser Ausgabe (Beilage grün) bringt die Fakten über die Lage der deutschen Landwirtschaft.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung des Agrarberichts 1981 der Bundesregierung.

Der Bundestag wolle beschließen: Die Bundesregierung wird ersucht,

— angesichts der von ihr selbst im Agrarbericht 1981 dargelegten, immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Situation der deutschen Land- und Forstwirtschaft entsprechend dem Landwirtschaftsgesetz unverzüglich Maßnahmen einzuleiten oder vorzuschlagen, die es der deutschen Land- und Forstwirtschaft ermöglichen, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern;

— mit dem ihr zur Verfügung stehenden Instrumentarium dafür zu sorgen,

daß in der Bundesrepublik Deutschland wieder Rahmenbedingungen (Preisstabilität, Vollbeschäftigung, wirtschaftliches Wachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, solide Finanzwirtschaft) herrschen, die es der deutschen Land- und Forstwirtschaft ermöglichen, ihre wirtschaftlichen und strukturellen Probleme weitgehend selbst lösen zu können;

— dem Deutschen Bundestag bis zum 1. Oktober 1981 schriftlich zu berichten, welche agrarpolitischen oder sonstigen Maßnahmen sie ergriffen hat, um die Lage der deutschen Land- und Forstwirtschaft zu verbessern und welche Ergebnisse diese von ihr in die Wege geleiteten Maßnahmen gehabt haben;

— die von der EG-Kommission vorgelegten Agrarpreisvorschläge als für die deutsche Landwirtschaft unzumutbar abzulehnen und darauf hinzuwirken, daß das deutsche nominale Agrarpreinsniveau mindestens um die Höhe der Inflationsrate angehoben wird, um ein weiteres Absinken der Einkommen der Bauern zu verhindern;

— die seit zwei Jahren sachlich und rechtlich gebotene Anhebung der Vorsteuerpauschale durch Vorlage eines Gesetzentwurfes einzuleiten, wobei die Anhebung der Vorsteuerpauschale nicht als Ersatz für nicht gewährte Agrarpreisverbesserungen im Rahmen der EG-Agrarpreisverhandlungen vorgenommen werden darf;

— darauf hinzuwirken, daß im Einkommensteuergesetz (§ 13 a) der Wert der Arbeitsleistung des landwirtschaftlichen Betriebsinhabers und der Angehörigen von derzeit 0,07 Vollarbeitskräfte auf 0,05 Vollarbeitskräfte je Hektar gesenkt wird und für landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe bei der Ermittlung des Durchschnittsgewinns ein Abschlag von 25 vom Hundert gewährt wird, so wie dies die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits in ihrem Änderungsantrag vom 27. Februar 1980 (Drucksache 8/3708) vorgesehen hatte;

— darauf hinzuwirken, die ab 1. April 1981 wirksam werdende Mineralölsteuererhöhung bei Dieselkraftstoff in Höhe von 3 Pfennig/Liter, durch die die deutschen Bauern in der EG die höchsten Diesellohpreise zahlen müssen, durch eine Erhöhung der Gasölbetriebshilfe für landwirtschaftliche Betriebe von 41,15 DM je 100 Liter auf 44,15 DM je 100 Liter auszugleichen;

— die im Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drucksache 9/92) vorgesehene Änderung des Branntweinmonopolgesetzes fallen zu lassen, da die vorgesehenen Änderungen zu einer Existenzvernichtung landwirtschaftlicher Brennerien führen;

— dafür zu sorgen, daß die Strukturrichtlinien der Europäischen Gemeinschaft vor allem im Bereich der einzelbetrieblichen Förderung dahingehend geändert werden, daß die sogenannte Förderschwelle abgeschafft wird und mehr als bisher die Rentabilität der Investitionen, die Eigenkapitalbildung und die Tragbarkeit der Belastungen als Grundlage der Investitionsförderung herangezogen werden;

— dem Deutschen Bundestag bis zum 1. Oktober 1981 schriftlich zu berichten, wie die von der Bundesregierung vor-

geschlagene Kürzung der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ um rund 20 vom Hundert sich im einzelnen ausgewirkt hat;

— bis zum 1. Oktober 1981 ein mittel- und langfristiges Konzept zur Existenzsicherung der deutschen Kutter- und Hochseefischerei vorzulegen.

EG-Beschlüsse bringen neue Benachteiligung

In der Agrardebatte im Deutschen Bundestag erklärte MdB Ignaz Kiechele: Die neuesten Agrarpreisbeschlüsse der EG (2. April 1981) sind dazu geeignet, die Einkommen der deutschen Bauern auch für 1981/82 abermals zu schmälern. Die deutschen Bauern erhalten durchschnittlich für 1981/82 um 2,5 % bessere Preise. Dadurch wird die auch für die landwirtschaftliche Produktion bedeutsame Inflationsrate bei weitem nicht abgedeckt.

Die schlechten Ergebnisse des Agrarberichts dokumentieren für jedermann sichtbar, daß die Bundesregierung den Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes nicht erfüllt hat.

Die schlechten wirtschaftlichen Ergebnisse der deutschen Landwirtschaft sind nicht nur auf ökonomisches Fehlverhalten der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien SPD und FDP zurückzuführen. Eine wesentliche Rolle spielt die Einstellung des Bundeskanzlers und seiner Minister gegenüber der Landwirtschaft. Sie alle sind mehr oder minder in einer Art Funktions- und Funktionsärdenken des technischen Zeitalters verhaftet, die es ihnen fast unmöglich macht, die anderen Lebens- und Arbeitsbedingungen, wie sie in der Landwirtschaft vorgegeben sind, mit angemessener Politik zu begegnen.

■ RENTEN

Sieben Eckpunkte der Union zur sozialen Alterssicherung

Mit der begrüßenswerten Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente ist die Unsicherheit über die Weiterentwicklung der Rentenversicherung und die tiefe Beunruhigung von Rentnern und Beitragszahlern nicht beseitigt, stellte Generalsekretär Heiner Geißler zum Renten Anpassungsgesetz 1982 und zum Renten Anpassungsbericht 1981 fest.

Die Regierung hat die Frage offengelassen, ob die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente auf Dauer ist oder nur für diese Legislaturperiode gelten soll. Darüber hinaus läßt die Bundesregierung eine Reihe weiterer Fragen unbeantwortet.

Offen bleibt, ob nicht bereits ab 1986 der Beitragssatz um 1,4 Prozentpunkte auf fast 20 Prozent angehoben werden muß, nachdem der Beitragssatz bereits jetzt um 0,5 Prozentpunkte angehoben wurde. Erschwerend kommt hinzu, daß um die Jahrhundertwende eine fundamentale Erschütterung des Generationenvertrages durch eine dramatisch veränderte Relation zwischen Beitragszahlern und Rentnern droht. Auch hier sind nicht einmal ansatzweise Antworten der Bundesregierung zu erkennen.

Hinzu kommt, daß auch die Gefahr besteht, daß die Konturen der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Hinterbliebenenrentenreform für 1984 immer mehr verschwimmen. In dem kürzlich bekanntgewordenen Gutachten der

Wissenschaftlergruppe des Sozialbeirates wird die Auffassung vertreten, daß die bisher diskutierten Lösungen nicht vertretbar sind und die Gesamtdiskussion noch einmal völlig neu aufzunehmen sei.

Dies ist ein Zeichen dafür, daß es immer schwieriger wird, die sozialen Mindestanforderungen mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten in Einklang zu bringen.

Noch nicht in seiner vollen Brisanz ist erkannt, welche gravierende zusätzliche Belastung auf breite Schichten von Rentnern mit Zusatzeinkommen durch den Krankenversicherungsbeitrag für Rentner ab 1983 zukommt. Im Grundsatz ist dieser Vorschlag, den die Union bereits 1977 als Gesetzesantrag im Deutschen Bundestag eingebracht hat, zu begrüßen, aber durch die Verschleppung dieses Vorschlages hat die Bundesregierung es außerordentlich erschwert, die Zusatzrentenbelastung stufenweise einzuführen. Sie schlägt nunmehr einen brutalen Eingriff mit erheblichen Auswirkungen auf das Realeinkommen dieser Rentner vor.

Die Union vertritt folgende Eckpunkte zur sozialen Alterssicherung:

1. Die verlorengegangene Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muß wieder hergestellt werden. Kein Alterssicherungssystem der Welt kann auf Dauer bestehen, wenn Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung verlo-

rengehen. Die Union vertritt die Auffassung, daß es sehr wohl möglich ist, durch eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zurückzugewinnen.

2. Eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik erlaubt es, an der bruttolohnbezogenen Rente festzuhalten. Nur die bruttolohnbezogene dynamische Rente schützt vor Manipulation.

3. Das Festhalten an der bruttolohnbezogenen Rente erlaubt es, einen sozialgestaffelten Krankenkassenbeitrag für Rentner einzuführen.

4. Der Bund darf sich aus der Finanzierung der Gemeinschaftslasten der Rentenversicherung nicht immer weiter zurückziehen.

5. Jeder Versicherungszweig hat Anspruch darauf, daß die Einnahmen, die für ihn gedacht sind, auch ihm zugute kommen. Deshalb trifft die Verschiebung der Finanzlasten zwischen Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung nach wie vor auf den entschiedenen Widerspruch der CDU.

6. Die Reform der Hinterbliebenenversorgung muß sich mit Ausnahme der Anerkennung von Erziehungsjahren am Maßstab der Kostenneutralität orientieren.

7. Durch die von der Union schon seit langem vorgeschlagene Verbesserung der Familienpolitik ist den Gefährdungen des Generationenvertrages entgegenzuwirken.



Das Rentenanpassungsgesetz 1982 bringt für die Rentner einerseits eine Entlastung, andererseits eine zusätzliche Belastung. Ab 1. Januar 1982 sollen die Renten um 5,8 % erhöht werden. Damit kehrt man zur bewährten Brutto-lohnanpassung zurück, die die CDU/CSU immer wieder gefordert hat-

te, erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Heinz Franke.

Gleichzeitig enthält das Rentenanpassungsgesetz 1982 für alle Rentner und zukünftigen Versicherten, die noch andere Alterseinkünfte haben, ab 1. Januar 1983 eine erhebliche zusätzliche Belastung, indem sie diese Einkommen — wie Betriebspensionen, Pensionen nach Beamtenrecht, Leistungen der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, Lebensversicherungsleistungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung — mit zusätzlichen Krankenversicherungsbeiträgen belastet.

Berücksichtigt man die mit Sicherheit nicht unter 5,5 % liegende Geldentwertungsrate im nächsten Jahr, so dürfte von der geplanten Anpassung in Höhe von 5,8 % für die Rentner real kaum eine Kaufkraftverbesserung übrigbleiben. Unter Berücksichtigung der zusätzlichen Beitragspflichten zur Krankenversicherung dürfte für die Mehrzahl der Rentner sogar ein Absinken der Kaufkraft der Rente die Folge sein.

Die Zukunft der Rentenversicherung und ihre Leistungsfähigkeit erscheinen in einem düsteren Bild. Die konjunkturelle Entwicklung mit hohen Arbeitslosenzahlen, die hohe Zahl der Frührentner, niedrige Lohnsteigerungsraten, Absinken der Geburtenzahlen und längere Lebenserwartung bewirken, daß schon bald weitere einschneidende Maßnahmen erfolgen müssen. Vor diesem Hintergrund ist es von Bundesarbeitsminister Ehrenberg unverantwortlich, den Rentnern solche Wechselbäder zuzumuten. Statt einer klaren langfristigen Rentenpolitik wird vielmehr ein „Zick-Zack-Kurs“ verfolgt, der von Rentnern und Beitragszahlern überhaupt nicht mehr verstanden wird.

Zur Sache:

Das Programm der CDU für den Wohnungsbau

Unter den sozialdemokratischen Bundesbauministern Lauritzen, Vogel, Ravens und Haack ist die Wohnungsbaupolitik immer tiefer in die Sackgasse geraten. 1969 wurden noch über 280.000 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern fertiggestellt, seit 1979 stagniert der Wohnungsbau unter 100.000.

Die CDU hat sich auf ihrem Bundesparteitag in Mannheim erneut für eine Wende in der Wohnungsbaupolitik ausgesprochen. Das sind die Ziele:

- mehr Wohnungen durch Soziale Marktwirtschaft,
- mehr Hilfe zur Selbsthilfe,
- mehr soziale Treffsicherheit zugunsten einkommensschwächerer Mitbürger.

Das ist die konkrete Alternative der CDU:

1. Die Eigentumsförderung ist verstärkt fortzuführen und familienfreundlicher zu gestalten. D. h. z. B. konkret: die öffentliche Förderung beim Eigenheimbau muß verbessert werden und schwerpunktmäßig bei kinderreichen und jungen Familien erfolgen. Es darf nicht zu der Alternative „Wohneigentum oder Familie“ kommen.

2. Der frei finanzierte Mietwohnungsbau muß unter Wahrung des Kündigungsschutzes wiederbelebt werden. Denn der soziale Wohnungsbau kann die Lücke nicht schließen, die sich auf dem Wohnungsmarkt auftut. Deshalb sagen wir

- Ja zum Kündigungsschutz, aber auch ja, wenn es darum geht, die Voraussetzungen für die Geltendmachung familiären Eigenbedarfs zu lockern.
- Ja zur Wirtschaftlichkeit und zu mehr Vertragsfreiheit durch die Möglichkeit, Staffelmieten oder befristete Mietverträge abschließen zu können.

3. Der Bau neuer Sozialmietwohnungen muß auf Zielgruppen des Bedarfs konzentriert werden. Auch in Zukunft kann auf die Förderung neuer Sozialmietwohnungen nicht verzichtet werden. Das Wohngeld hat sich jedoch als die treffsichere subjektive Hilfe bewährt. Deshalb will die CDU das Schwergewicht von der Objekt-Förderung auf die Subjekt-Förderung verlagern.

4. Die Fehlsubventionierung muß abgebaut werden. Deshalb sagen wir ja zu einer wirksamen und unbürokratischen Lösung des Fehlbelegerproblems durch schrittweise Heranführung der Sozialmieten an die Vergleichsmieten. Eine Fehlbelegerabgabe lehnt die CDU ab. Wir wollen nicht die Fehlbeleger aus den Wohnungen verdrängen, sondern dafür sorgen, daß sie marktgerechte Mieten zahlen. Dadurch freiwerdende Mittel wollen wir vorrangig für den Neubau von Sozialwohnungen einsetzen.

5. Auch neue Wege müssen beschritten werden. Dies gebieten die hohen Kosten für den Neubau einer Sozialwohnung. Durch die Kopplung des Bauherrenmodells mit dem sozialen Wohnungsbau, durch die Beteiligung der Mieter an der Altbauomodernisierung im Einvernehmen mit dem Vermieter, durch den Abbau von bürokratischen Gesetzen wollen wir dem Wohnungsbau neue Impulse geben.

Ökonomie statt Ideologie im Wohnungsbau! Was private Initiative leisten kann, darf der Staat nicht an sich ziehen. Nicht mehr Staat, sondern mehr Eigeninitiative, mehr Eigenverantwortung ist der Schlüssel zum Erfolg auch in der Wohnungsbaupolitik.

CDU

**II sicher
sozial
und frei**

Wenn Sie an der ausführlichen Fassung des CDU-Wohnungsbauprogramms interessiert sind, schreiben Sie bitte an:
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus · 5300 Bonn 1 · 131

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

■ ZITAT

Diese SPD

„Vor 35 Jahren haben sich die Sozialdemokraten in den Westsektoren unserer Stadt in einer Urabstimmung gegen die Vereinigung mit den Kommunisten entschieden. Es war eine historische Entscheidung. Es war eine Entscheidung für die Freiheit.“ Jedes Wort, das Hans-Joachim Vogel dieser Tage in einer Anzeige verwendet, trifft zu. Doch was ist eigentlich aus der Berliner Sektion der Partei geworden, mit deren historischen Verdiensten Vogel jetzt in den Wahlkampf zieht?

Unermüdlich versichert Vogel, die SPD werde nach dem 10. Mai auf keinen Fall mit den Alternativen koalieren; doch schon schließt er eine sozial-liberale Minderheitsregierung nicht mehr aus, die auf die stillschweigende Unterstützung der Kunzelmanns („Alternative Liste“ d. Red.) im Parlament angewiesen wäre. Der SPD-Landesvorsitzende Glotz sprach ganz unverhohlen von „politischen Arrangements“ mit der AL. Eine Zusammenarbeit etwa mit dem früheren Terroristen-

Anwalt Otto Schily, der sich als „liberalen Kommunisten“ hochloben läßt, ist für Glotz durchaus denkbar.

Die SPD will sich also gegebenenfalls mit den Stimmen von Leuten in der Regierungsverantwortung halten, die den Rückzug der westalliierten Schutzmächte aus der Stadt fordern. Diese Berliner SPD hat am 27. Februar 1981 auf ihrem Parteitag eine Resolution gebilligt, die den Moratoriumsvorschlag Breschnews unterstützt. Sie tritt also für die Aufrechterhaltung der sowjetischen Raketenübermacht und gegen den Willen der NATO auf den Plan, bei den eurostrategischen Waffen ein Gleichgewicht herzustellen. Ist ein größerer Affront gegen die amerikanische Schutzmacht überhaupt denkbar?

So naiv-oberflächlich sich diese Berliner SPD in Fragen der äußeren Sicherheit artikuliert, so fahrlässig taktiert sie in Sachen des inneren Friedens. Was bei der Bewältigung des Problems der Hausbesetzungen und der Jugendkrawalle als „Berliner Weg“ über den grünen Klee gelobt wird, ist in Wahrheit ein Weg in die Zerstörung des Rechtsfriedens. Diese SPD hat das Vermächtnis Ernst Reuters vertan.

Berliner Morgenpost, 5. April 1981

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis:** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis:** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID